

Herzlich willkommen zur gemeinsamen Kundgebung der Direktversicherungsgeschädigten und der FDP hier in Düsseldorf. Ich begrüße Sie alle und danke Ihnen, dass sie keine Mühe gescheut haben, an unserer Veranstaltung teilzunehmen.

Bevor ich zu Ihnen spreche, möchte ich mich Ihnen vorstellen. Mein Name ist Gerhard Kieseheuer, Bundesvorsitzender des Vereins Direktversicherungsgeschädigten e.V.

Ganz besonders begrüßen möchte ich

>Frau Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP und Fraktionsvorsitzende der FDP im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

>Den Generalsekretär der FDP, Herrn Johannes Vogel

>und Herrn Detlef Parr, Vorsitzender der Liberalen Senioren und Vorstandsmitglied der FDP.

Ich danke Ihnen herzlich für diese gemeinsame Demonstration.

Wir sind hier zusammengekommen, um gemeinsam mit der FDP gegen eine unvorstellbare und ungesetzliche Beitragserhebung zu protestieren.

Eine von vielen Volksvertretern gebilligte Zwangsverbeitragung unserer privaten Altersvorsorge, dem dritten Standbein der Altersvorsorge.

Ich bin der FDP sehr dankbar, dass sie schon seit 2004 erkannt hat, dass diese Zwangsverbeitragung zu Altersarmut, Not, Enttäuschung, Verärgerung und Verzweiflung führt und mit uns gemeinsam dagegen kämpfen will.

Aber dafür braucht die FDP unsere Unterstützung.

Am kommenden Sonntag haben wir die Gelegenheit, die Weichen für eine Beitragsfreiheit zu stellen. Mit unserer Zweitstimme sollten wir die FDP unterstützen und sie stark machen.

Sie wird es uns danken.

Aber was ist denn eigentlich der Grund unsere Verzweiflung? Was ist der Grund der heutigen Kundgebung und Demonstration so kurz vor der Bundestagswahl 2017?

Wir fühlen uns alle betrogen! Betrogen von den Lobbyisten der Krankenkassen, durch die Gerichte, durch die Gleichgültigkeit vieler Volksvertreter und durch die Volksvertreter, die nicht ihr Volk, sondern nur sich selbst sehen und es hat den Anschein, dass für sie die immer größer werdende Altersarmut egal ist, sie spielen die Not und die Altersarmut herunter.

Auf meinen vielen Zugfahrten, die ich als Bundesvorsitzender mache, sehe ich immer mehr Mitbürger, die auf den Bahnhöfen und in Zügen die Mülltonnen durchsuchen, um evtl. etwas Essbares oder eine leere Flasche zu finden, um dadurch an etwas Geld zu kommen.

Lassen sie mich kurz erklären, worum es geht.

2004 wurde das Gesundheitsmodernisierungsgesetz verabschiedet. Ein Paragraph wurde so schwammig formuliert, dass sich seitdem die Krankenkassen in die Lage versetzt fühlen, auf unsere privat finanzierte Kapitallebensversicherung, Sozialbeiträge zu erheben.

So unwahrscheinlich es klingt, wir haben in unserer Lebensarbeitszeit für unser Alter vorgesorgt und gespart und der Staat sagt: 'Ihr zahlt euch selbst eine Rente und dafür müsst ihr knapp 20% der Krankenkasse geben. Ihr habt ein zusätzliches Einkommen.'

Unsere, mit Lohn angesparte, Kapitallebensversicherung wird den vom Arbeitgeber finanzierten Betriebsrenten, der goldenen Fessel, gleichgestellt. Das ist einfach ein Skandal und ein himmelschreiendes Unrecht!

Natürlich gibt es auch Politiker, die sich bewusst sind, dass diese Regelung Betrug ist, aber sie sind in der Minderheit. Ich denke z.B. an Frau Karliczek von der CDU, an Herr Wiese, Herrn Kappschack von der SPD, an Herrn Birkwald von den Linken. Die Grünen interessieren sich neuerdings auch für uns. In einer Mail schreiben sie: Der Ärger der betroffenen Direktversicherten über die Situation ist natürlich verständlich. Wir Grüne sind uns der skizzierten Probleme bewusst und diskutieren diese derzeit fraktionsintern. Wir werden uns für eine Lösung der Problematik einsetzen.

Aber die Politiker die es mit uns gut meinen, werden von den Fraktionsvorsitzenden und den entsprechenden Ministern zurückgepfiffen. So einer hat seinen Bezirk gar nicht weit von hier entfernt. Es ist unser Gesundheitsminister Hermann Gröhe. Bei ihm war ich am 1. September. Er bedauert die durch die Zwangsverbeitragung hervorgerufene Not nicht. Ja, ohne sich unsere stichhaltigen Argumente anzuhören, verteidigt er die Auslegung dieses schwammigen Gesetzes. Seine Argumentation gipfelte in der Aussage: "Nicht die, die meinen sie hätten Recht, haben in Deutschland recht, sondern die, die es gerichtlich bestätigt bekommen haben."

Wie angenehm ist da die Aussage der FDP: „Die Verbeitragung der Kapitallebensversicherung, dem dritten Standbein der Altersversorgung, der privaten Altersvorsorge muss beendet werden.“

Die FDP war sich schon 2004 bewusst, dass die Auslegung dieses Gesetzes so schwammig ist, dass sie dem nicht zustimmen konnten. Deshalb bin ich den Führungspersonlichkeiten der FDP sehr dankbar, dass sie sich in evtl. Koalitionsgesprächen für eine Beendigung des Zwangsbeitrags einsetzen wollen. Aber dafür brauchen wir eine starke FDP, eine sehr starke. Deshalb

bitte ich nicht nur unsere betrogenen Mitglieder, sondern alle Ü-60ziger und auch die unter Ü-60ziger, die Zweitstimme der FDP zu geben.

Aber eine Einstellung unseres zu Unrecht erhobenen Beitrags ist nicht ausreichend. Damit werden wir denen nicht gerecht, die ihren Zwangsbeitrag seit 2004 schon bezahlt haben. Man hat uns das Geld schlichtweg gestohlen! Und wir wollen unser gestohlenen Geld zurück. Die Bestimmer sagen, es ist alles rechtens! Geregelt im Paragraph 229 SGB V. Aber das stimmt nicht. Dieser Paragraph regelt nur die Betriebsrenten, aber unsere Direktversicherung ist keine Betriebsrente. Der Paragraph regelt vom Arbeitgeber finanzierte Betriebsrenten.

Nicht aber von unserem Lohn gespartes Geld.

Die Krankenkassen, die Volksvertreter und auch die Sozialgerichte sagen: "Es ist alles höchstrichterlich entschieden, ihr müsst zahlen." Keiner empört sich darüber, dass wir auf unsere Sparverträge knapp 20% Sozialabgaben ungerechtfertigt zahlen müssen. Aber auch diese Aussage ist falsch! In den Urteilen des BVerfG von 2008 und 2010 ist ganz klar geregelt, was ein beitragspflichtiger Versorgungsbezug ist. Die Gerichte haben geurteilt, dass man auf Versorgungsbezüge seit 1982 den halben Beitrag bezahlen muss.

Also nur das ist ein Versorgungsbezug, eine Betriebsrente, auf die man seit 1982 Sozialabgaben bezahlen muss. Unsere Kapitallebensversicherungen hat man aber über Nacht und ich betone, ohne gesetzliche Grundlage, zu einer Betriebsrente gemacht.

Nur wer war das?

Dieter hat es vorhin gesagt, ich zitiere:

„Ebenso darf es nicht sein, dass das Gesundheitsministerium die Gesetzesauslegung des Spitzenverbandes der Krankenkassen übernommen

hat. Der Verband hatte am Tage der Gesetzeseinbringung in den Bundestag das Gesetz zu seinen Gunsten ausgelegt und in Kopie der Regierung mitgeteilt.“ Weiterhin hat er gesagt:

„Meine Meinung hierzu: Das Gesetz ist unrechtmäßig zustande gekommen, also sind folgerichtig auch die darauf fußenden Beitragsbescheide nicht rechtens und das eingezogene Geld muss zurückgezahlt werden. Hier ist eine schnelle Lösung fällig.

Ein Aussitzen verschlimmert nur noch die Lage.“

Resümee:

Da wurde erst ein mehrdeutiger Text in das Gesetz eingeschmuggelt. Dieser Text wurde von den Kassen zu ihren Gunsten ausgelegt und in Kopie der Regierung mitgeteilt. Die von den Kassen geführte Argumentation wurde dann vom Ministerium übernommen und Anfang 2004 dem zuständigen Gesundheitsausschuss mitgeteilt.

Die Abgeordneten hatten nicht den Mut, der Gesetzesauslegung der Kassen zu widersprechen.

Soweit das, was Dieter gesagt hat.

Die Politik betont aber: „Wir haben eine Gesetzeslücke im Gesetz geschlossen. Mehr nicht.“ Das stimmt, eine Gesetzeslücke bei der goldenen Fessel, den Betriebsrenten, |da haben wir nichts mit zu tun. Die Sozialgerichte und die Krankenkassen behaupten, die Änderung steht im Paragraph 229 SGB V und das BVerfG hat das höchstrichterlich entschieden. Das sind alles Unwahrheiten, nur um uns abzukassieren und um den Krankenkassenbeitrag künstlich niedrig zu halten.

Da muss ich wieder an unseren Gesundheitsminister denken als er sagte:“ Nicht die, die meinen sie hätten Recht, haben in Deutschland recht, sondern die, die es gerichtlich bestätigt bekommen haben.“

“ Was für ein Hohn!

Ein Skandal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir, die diesen Staat aufgebaut haben, die sich ein Leben lang verantwortungsvoll dem Leben gestellt haben, wir werden vom eigenen Staat betrogen.

Deshalb fordern wir: Die Zwangsverbeitragung muss sofort beendet werden und das gestohlene Geld muss zurückgezahlt werden.

Mit einer Änderung darf nicht gewartet werden bis einige Parteien die Bürgerversicherung durchgesetzt habe.

Deshalb bin ich besonders der FDP dankbar, dass Sie uns, in unserem schweren, aber berechtigten Kampf, gegen die Zwangsverbeitragung unserer privaten Kapitallebensversicherung tatkräftig unterstützen

Gerhard Kieseheuer